

Meilensteinfest am 14.07.2018
Netzwerk Inklusion Landkreis Tirschenreuth

Statements an die Politik:

„Was fehlt noch in Sachen Inklusion? Was wollen wir gemeinsam erreichen? Was muss die Politik für Inklusion tun?“

Förderung

allgemein

- Personelle, finanzielle, bauliche und technische Voraussetzungen, um Inklusion zu ermöglichen.
- Demokratisches Leben und Miteinander stärken – Orte, Engagierte, Projekte, Strukturen... was Menschen zusammenbringt !
- Wir wünschen uns den Ausbau von dezentralen Versorgungsstrukturen
- Mehr Geld für Förderungen von /für: Umbaumaßnahmen, Schulung Personal /Lehrer (Inklusionsklassen), Aufbau / Ausbau von Netzwerken, Öffentlichkeitsarbeit
- Förderung der ehrenamtlichen Arbeit

Umsetzung / Nachhaltigkeit

- Genau genommen ist Inklusion in der Politik nur ein Randthema. Es genügt nicht, die gesetzlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen. Es müssen wesentlich mehr Taten folgen.
Beispiel: Ein förderbedürftiger Schüler in der Regelschule erhält durchschnittlich 2 Stunden Förderung wöchentlich. Darin eingeschlossen ist auch die Beratung der Lehrer, wie sie – die keine entsprechende Ausbildung haben – die Inklusion der betroffenen Schüler fördern können. Und das neben dem Unterricht für nicht förderbedürftige Schüler, von denen mehr und mehr verhaltensauffällig sind. Das ist keine Inklusion, das ist sträfliche Vernachlässigung für die Zukunftsfähigkeit der betroffenen Schüler. Weitere Beispiele könnten benannt werden.
- Inklusion muss noch einen höheren Stellenwert bekommen, vieles geschieht noch im Hintergrund. Der Begriff Inklusion ist noch zu fremd, der Bekanntheitsgrad in der Bevölkerung muss noch gesteigert werden. Nur bei entsprechender Ausstattung der Einrichtungen ist Inklusion möglich.
- Veränderung der Sichtweise: Sichtweise auf das Individuum, nicht nur die Erfüllung gestellter strenger Maximen
- Die Politik sollte positive Entwicklungen aus Projekten etc. nutzen und finanzielle Mittel für das Fortbestehen bereitstellen. So kann aus einem Projekt eine Normalität bzw. Verstetigung entstehen. Inklusion braucht nicht nur Engagement, Bereitschaft und Willen, sondern auch Geld. Dies ist gut investiert und der Gewinn ist für alle Menschen sichtbar und spürbar.
- Die Idee der Inklusion ist noch nicht tiefgreifend in der Bevölkerung des Lkr. TIR angekommen. Zwar ist der Stand in unserem Wirkungskreis aufgrund der beiden Modellprojekte durchaus positiver zu bewerten als in anderen Regionen, aber eine Festigung des Inklusionsgedankens ist meist nur bei den beteiligten Personen und Institutionen zu erkennen.
- Der Landkreis Tirschenreuth, gekoppelt mit der Verwaltungsgemeinschaft Mitterteich ist aufgrund der beiden bisherigen Modellprojekte ein gelungenes Statement für die

Inklusion. Ein aufrechterhalten dieser Arbeit bleibt ein zwingendes Modul für eine gelungene Inklusion in unserer Region.

- Das Thema Inklusion ist auf allen Ebenen wichtig ist – sie muss als Chefsache angelegt sein, aber auf allen Ebenen umgesetzt werden. Beispiele: Mitunter stießen Aktionen des „Netzwerks“ auf abweisende Reaktionen, Unverständnis oder den „Habitus der Nichtzuständigkeit“

Beteiligung

Gremien, z. B. örtliche Behinderten- oder Inklusionsbeiräte, sollten mehr Gehör in der regionalen Politik haben um schnelle und einfache Lösungen zur Teilhabe am "normalen Leben" zu finden

Barrierefreiheit

- Es gibt noch zuviele Barrieren in Gebäuden, Neubauten und Umbauten werden nicht selbstverständlich barrierefrei. Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden - ohne wenn und aber.
- Barrierefreiheit muss umgesetzt werden (baulich und sprachlich) – die öffentlichen Stellen müssen hier Vorbild sein
- weiter zu barrierefreien Klima beitragen und auch Privaten Anreize bieten Verbesserungen vorzunehmen
- Weiterarbeit in verständlicher Sprache

Selbstverständlichkeit / Niedrigschwelligkeit

- Ein selbstverständlicher Umgang mit Menschen mit Beeinträchtigungen fehlt in vielen Bereichen. Die Betroffenen müssen schnell und unkompliziert passgenaue Hilfen bekommen. Wir wollen Begegnungsbereiche für Menschen mit und ohne Behinderung schaffen, die es ermöglichen, in einem angenehmen Rahmen ganz niedrigschwellig miteinander in Kontakt zu kommen.
- Ich würde mir wünschen und hoffen, dass wir in wenigen Jahren soweit sind, dass Inklusion in allen Lebensbereichen zu einer Selbstverständlichkeit geworden ist. Um dieses Ziel und bis dahin immer wieder Teilaspekte zu erreichen, finde ich die Arbeit des Netzwerks Inklusion im Landkreis Tirschenreuth als sehr guten Motor!
- Noch bestehende Barrieren in den Köpfen der Menschen und Berührungspunkte müssen weiterhin abgebaut werden. Es muss als Selbstverständlichkeit wahrgenommen werden, dass jeder Mensch anders ist und jeder Mensch ein fester Bestandteil unserer Gesellschaft ist.

Förderung

Bereich Bildung

- Personelle Ausstattung im Bereich Schule:
bessere Personalversorgung - mehr MSD-Stunden, - „ganze“ Lehrkraft vom FÖZ an Schulen mit Profil Inklusion / 2. Person in allen Klassen in allen Fächern,
Jugendsozialarbeiter an Grundschulen, Erzieher/Schulbegleitung zur Unterstützung,

Begleitung und Differenzierung, Bedarf an individueller Förderung auch an Regelschulen

- Übergänge von Schule in Berufswelt sichern
- Abschaffung Übertrittsdruck in den 4. Klassen (Inklusion in den Köpfen von Schülern, Lehrern und Eltern endet häufig beim Erreichen des Übertrittsschnitts des eigenen Kindes in der 4. Klasse)
- Beratungskompetenz, Diagnosekompetenz, Förderkompetenz aller Lehrkräfte muss durch Aus-/Fortbildung deutlicher gestärkt werden
- Das Thema Inklusion muss Einzug in die Fachausbildungen (Erzieher, Kinderpflege, Heilerziehungspflege etc.) halten. Viele Fachschüler berichten, dass sie mit dem Thema „Inklusion“ nur in der Fachpraxis in Berührung kommen. Dann auch nur, wenn diese in einer HPT, einem Förderzentrum etc. stattfindet.

Bereich Arbeit

- Die Politik muss sich dafür einsetzen, dass Menschen mit Beeinträchtigungen ihre vielfältigen Ressourcen einsetzen können, passgenau und unkompliziert. Eine Schaffung weiterer individuell angepasster Arbeitsplätze am ersten Arbeitsmarkt ist sehr wünschenswert und muss durch hohe und langfristige finanzielle Förderung politisch unterstützt werden.
- Wir wünschen uns für psychisch kranke Menschen mehr Möglichkeiten, auch auf dem ersten Arbeitsmarkt wieder Fuß fassen zu können.
- Speziell im Bereich „Arbeit“ können nur Lohnzuschüsse, Minderleistungsausgleiche und sonstige Anreize potentielle Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung schaffen. Der Leistungsgedanke in der freien Wirtschaft, gekoppelt mit wirtschaftlichen Verpflichtungen lässt kaum eine andere Möglichkeit zu. Zusätzliche „Aufklärungsarbeit“ und ein sichtbarmachen von Inklusion bleibt ein weiteres unerlässliches Instrument.
- Dilemma Behindertenquote:
Erfüllt ein Betrieb die gesetzlichen Vorgaben nicht, so wird er zur Ausgleichsabgabe herangezogen. Das Problem im Arbeitsmarkt liegt allerdings darin, dass sich Unternehmen von dieser Ausgleichsabgabe befreien können, indem sie Aufträge an Einrichtungen und Werkstätten vergeben, die Menschen mit Behinderung beschäftigen. Das stabilisiert diese Werkstätten und die dort Beschäftigten in ihrem geschützten Raum.
Zusätzliche Schwierigkeit: Gleichzeitig geben Werkstätten nicht gerne Personen frei, die dort helfen, die Produktivität ausreichend sicher zu stellen. Gerade sie bräuchten u. U. den geschützten Raum in dieser Form nicht, sind aber hier eingearbeitet und haben ihr soziales Netz. Sie sind, so eine Erfahrung, auch selbst eher nicht bereit, sich auf den ersten Arbeitsmarkt einzulassen. So findet die Inklusion ihre Hindernisse bei den Betroffenen selbst.
Das Dilemma ist nicht auflösbar, solange nicht das System geändert wird: Es ist historisch gewachsen und wird auch wegen damit verbundener Interessen kaum zu verändern sein, aber es verstärkt zunächst die Einstellung, Arbeitnehmer mit Behinderung seien grundsätzlich nur als Belastung und erbrächten nur Minderleistungen. Menschen mit Beeinträchtigungen sind so von vornherein negativ behaftet. Die von mehreren Seiten geforderte Erhöhung der Ausgleichsabgabe löst das Problem unter diesem Aspekt nicht.
Es geht darum, ein System zu installieren, das Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen deutlich belohnt – über bestehende Eingliederungszuschüsse und Integrationsförderungen hinaus und z. B. mit deutlicher Steuererleichterung bei Einstellung eines Menschen mit Behinderung.

Gemeinsame Ziele

- Die Teilhabe aller Menschen am gemeinsamen Leben.
- Die Betroffenen müssen mehr "teilhaben" können in allen Bereichen des Lebens. Die Toleranz für Menschen mit Behinderung und die Anerkennung dieser Menschen als "gleichwertig" genügt nicht. Die Toleranz und die Anerkennung müssen auch "vollzogen" werden. Goethe sagte sinngemäß: Toleranz allein ist beleidigend.
- Jede Person hat die gleichen Rechte und muss auch so wahrgenommen/behandelt werden
- Inklusion geht nur gemeinsam und ist für alle wichtig. Viele müssen etwas tun, um etwas Positives für die Gesellschaft zu erreichen.

Zusammenarbeit

- Zusammenarbeit der einzelnen Institutionen über die Landkreisgrenzen hinaus
- Zusammenarbeit in den Gemeinden/Öffentlichkeit

Wissen

- Die Menschen müssen mehr wissen, d.h. noch stärker informiert werden, was Inklusion ist und was dafür möglich und notwendig ist.
- Wir wünschen uns mehr Aufklärung der Allgemeinbevölkerung, um eine ganzheitliche Inklusion zu erreichen.

Vielfalt

- Es muss normal sein, verschieden zu sein. Wir müssen Inklusion in Kirche und Gesellschaft leben und verwirklichen. Ziel ist: Mittendrin statt nur dabei.
- Wir wünschen uns, dass die Inklusion von Menschen mit psychischen Erkrankungen mehr in den Fokus gestellt wird, da hier noch immer große Teilhabebarrrieren bestehen.
Wir wünschen uns, dass die PolitikerInnen sich mehr für die Entstigmatisierung von psychisch kranken Menschen einsetzen und deren Bedarfe bei Entscheidungen berücksichtigt werden.

Politische Haltung / Ziele

- Inklusion als Maxime, das Zusammenleben zu gestalten: was nutzt allen? Nicht nur Nachteilsausgleiche und Hilfen für Benachteiligte um Chancengleichheit herzustellen, sondern das hervorheben und fördern, was den größten Nutzen für viele / das Gemeinwohl hat.
- In Zeiten von neuer Rechter, Populismus und offener Ausgrenzung vermeintlich „Fremder“ und Andersdenkender einen wichtigen Gegenpol setzen – Verantwortlichkeit von Staat, Wirtschaft und BürgerInnen !
- Inklusion geht nur gemeinsam. Genau hinschauen: Wo werden Menschen ausgegrenzt? Miteinander sprechen und gemeinsam leben!
- Inklusion als Standortfaktor – die Zukunftsfähigkeit einer Kommune, eines Bundeslandes

- An die Gemeinden / Vereine: Wir wünschen uns, dass es kein „wir sind zu klein“ oder „wir haben genug zu tun“ gibt, wenn es um Inklusion geht. Inklusion beginnt im Kopf – mit der Haltung und wie etwas gedacht und gemacht wird.